

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Gregor Gysi, Uwe Hixsch, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Manfred Müller (Berlin), Roland Claus und der Fraktion der PDS

Die Europäische Union als Zivilmacht ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf dem Gipfel von Nizza will der Europäische Rat die politisch-militärischen Institutionen für militärische Kriseninterventionen der EU endgültig einrichten und über das Zustandekommen und die Zusammensetzung einer Schnellen Eingreiftruppe der EU beraten. Mit den „European Headline Goals“ wurden in Helsinki im Dezember 1999 bereits die Weichen für Krisenreaktionskräfte im Umfang von 60 000 Soldaten gestellt. Folgt man den dort vereinbarten Zielen, so muss die EU insgesamt, d. h. für die Dauer eines Jahres, ein Militärkontingent von über 200 000 Soldatinnen und Soldaten aller Waffengattungen bereitstellen. Die militärischen Planungen sehen vor, dass die Eingreiftruppe in der Lage sein soll, für diesen Zeitraum, einen großen Krieg, zwei mittlere Kriege oder mehrere kleine Militäroperationen zugleich durchführen zu können. Der vor allem von den großen EU-Mitgliedstaaten vorangetriebene Versuch, die EU auch als militärische Interventionsmacht zu formieren, bedingt, dass die Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren aufwändige Programme qualitativer Aufrüstung auflegen müssen. Und dies in einer Situation, in der für die vorgesehene Osterweiterung der Union und für die notwendige Aufbauhilfe für Südosteuropa beträchtliche finanzielle Mittel der EU mobilisiert werden müssten.

Die EU steht bei ihrem Gipfel in Nizza (Dezember 2000) daher am Scheideweg:

1. Soll sie sich als neuer weltpolitischer Akteur formieren, der sich auf Interventionstruppen stützt oder soll sie ihre Rolle als zivil orientierte, wirtschaftliche Macht weiterentwickeln?

Will sie ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf militärische Instrumente oder auf ihre Fähigkeiten der diplomatischen Vermittlung, des wirtschaftlichen und sozialen Interessenausgleichs, der umfassenden Kooperation gründen?

2. Strebt die EU danach, sich als exklusiver und dominanter Machtblock auf dem eurasischen Kontinent zu präsentieren, oder will sie darauf hinwirken, die gesamteuropäischen Strukturen unter dem Dach der OSZE fortzuentwickeln?

Sollen militärisch geprägte Strukturen verfestigt werden, die auf der Ausgrenzung Rußlands und der Ukraine beruhen, oder sollen die Anstrengungen zum Aufbau einer alle Staaten einbeziehenden Sicherheitsarchitektur verstärkt werden?

3. Will die EU in den nächsten Jahren nicht unerhebliche Teile ihrer Gemeinschaftsressourcen durch umfangreiche militärische Beschaffungsprogramme binden, oder will sie diese Mittel für die Integration und Förderung der Staaten Osteuropas bzw. Südosteuropas aufbringen?
4. Sollen durch die Ausprägung der EU als Militärunion die bestehenden Machthierarchien innerhalb der Union weiter verstärkt oder sollen die Chancen zur möglichst gleichberechtigten Partizipation für alle Mitgliedstaaten ausgebaut werden?

Soll die demokratische Einflussnahme der nationalen Parlamente und des Europaparlaments weiter eingeschränkt oder ausgeweitet werden?

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich allen Plänen eines militärischen Engagements der EU „in und um Europa“ zu widersetzen,
- der Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe der EU nicht zuzustimmen,
- anzukündigen, dass den EU-„Krisenreaktionskräften“ keine deutschen Kontingente zur Verfügung gestellt werden,
- der Einrichtung eines Militärausschusses und eines Militärstabes beim Rat der EU nicht zuzustimmen und sich daran nicht zu beteiligen,
- der in Aussicht genommenen Rüstungsmodernisierung und Aufrüstung eine klare Absage zu erteilen und die Bewilligung von Finanzmitteln für diese Programme aus den EU-Haushalten kategorisch zu verweigern,
- am Konsensprinzip bei Entscheidungen des Rates über sicherheits- und militärpolitische Fragen festzuhalten, und die Entscheidungsbefugnis der jeweiligen Parlamente über militärische Einsätze nicht weiter auszuhöhlen,
- zu erklären, dass für sie der Ausbau der zivilen und kooperativen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der OSZE absoluten Vorrang haben wird,
- darauf hinzuwirken, dass, der Maßgabe ziviler Krisenvorbeugung entsprechend, die Rüstungsexportpolitik der EU-Staaten auf möglichst restriktivem Niveau harmonisiert wird.

Berlin, den 17. November 2000

Wolfgang Gehrcke

Dr. Gregor Gysi

Uwe Hixsch

Carsten Hübner

Heidi Lippmann

Manfred Müller (Berlin)

Roland Claus und Fraktion

Begründung

Mit der Übernahme der sog. Petersberg-Aufgaben in den Vertrag von Amsterdam hat sich die EU die Aufgabe zu Eigen gemacht, militärische Einsätze durchzuführen – von humanitären Aktionen bis zur massiven Kriegsführung, die Friedensschaffung genannt wird. Zur Umsetzung dieser Festlegung sollen nunmehr militärisch-politische Strukturen etabliert und umfangreiche Truppenkontingente bereitgestellt werden. Mit diesen Kampfverbänden will die EU die „Fähigkeit zu autonomem Handeln“ erlangen. Ihr Einsatz soll zwar „im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen“ erfolgen, strikt gebunden an die Regeln des geltenden Völkerrechts ist er nicht. Nachdem bereits die NATO mit dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und der Verabschiedung des neuen Strategiedokuments auf dem Washingtoner Gipfel im April 1999 die Völkerrechtsordnung geschwächt hat, sind weitere Verstöße gegen das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen vorgezeichnet. Statt sich nun die Attribute militärischer Macht zuzulegen, wäre es die vorrangige Aufgabe der EU, die Herrschaft des Rechts in den Internationalen Beziehungen zu stärken. Für die Friedenssicherung in der Welt bleiben die Vereinten Nationen zuständig.

Die EU möchte sich künftig als gleichberechtigter weltpolitischer Akteur neben den USA etablieren. Insbesondere die Fähigkeiten der USA zur militärischen Machtentfaltung im globalen Maßstab („global power projection“) werden zum Maßstab gemacht, an dem sich die Politische Union Europa künftig orientieren müsse. Doch auf diesem Felde kann Europa nicht mit den USA konkurrieren und soll es auch nicht. Die Überwindung der unipolaren Weltordnung verlangt eine stärkere internationale Rolle der EU. Dabei soll sich die EU aber auf ihre eigenen Stärken besinnen und diese ausbauen. Die EU sollte eine Zivilmacht bleiben, eine Staatenallianz, die ihre Ressourcen auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, des sozialen Wohlstandes und des politischen Interessenausgleichs konzentriert.

Der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kommt daher primär die Aufgabe zu, die zivile Krisenvorbeugung und nichtmilitärische Konfliktlösungen in Europa und den Anrainerregionen voranzubringen. Gebraucht werden kohärente Konzepte für die Stärkung der Vertrauensbildung und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, eine aktivere Politik zur Unterstützung eines Friedensprozesses im Nahen Osten und praktische Schritte zur Beschleunigung der Öffnung der EU für die Staaten Ost- bzw. Südosteuropas. Die fiktiven militärischen Einsatzszenarien, die der Aufstellung der EU-Eingreiftruppe zugrunde liegen, haben nur eine Funktion: Sie fördern das Denken in Kategorien militärischer „Problemlösung“ und setzen die Schwelle zum Einsatz militärischer Gewalt herab. Schließlich führen sie dazu, Ressourcen, die für friedliche Krisenvorbeugung dringend gebraucht würden, abzuziehen und in umfangreiche Aufrüstungsprojekte umzulenken.

Die geplante Modernisierung der Rüstungsarsenale der EU-Mitgliedstaaten, der Versuch, die rüstungstechnologischen Vorsprünge der USA im Eilmarsch aufzuholen, werden erhebliche Mittel in den Mitgliedstaaten binden – gegebenenfalls auch in wachsendem Maße Finanzen der EU selbst. Für die Beschaffung des als vorrangig erachteten Großraumtransportflugzeuges werden gegenwärtig weit über 60 Mrd. DM veranschlagt. Hinzu kommen Ausgaben für Satellitenaufklärung und neue Kommando- und Kommunikationseinrichtungen. Der Druck auf die EU, entsprechende Mittel einzustellen – zu Lasten anderer Etats – wird wachsen. Die damit einhergehende Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes wird im Übrigen auch den Anreiz und die „Notwendigkeit“ erhöhen, wieder mehr Rüstungsgüter und Kriegswaffen aus dem EU-Bereich auszuführen. Mit der Verstärkung des Rüstungsexports jedoch wird die

Welt nur noch unsicherer gemacht, werden die Bemühungen zur zivilen Krisenprävention geradezu konterkariert.

Gleichzeitig steht in den nächsten Jahren die Osterweiterung der EU ebenso auf der Tagesordnung wie Integrationsaufgaben gegenüber Südosteuropa und Beiträge zur Stabilisierung eines demokratischen Russlands. Auch sicherheitspolitisch scheint vor diesem Hintergrund die Verfestigung von westeuropäisch dominierten Separatstrukturen verfehlt. Auf die Agenda gehören stattdessen energische Schritte zur Entwicklung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur.

Aus diesen Gründen sollte der Europäische Rat in Nizza die Notbremse ziehen und die militärischen Planungen ad acta legen.